

NRW-Studiengebühren vierter Akt



Es geht (mal) wieder um Studiengebühren: Die FDP in NRW will Absolvent*innen ab einem bestimmten Einkommen zur Kasse beten. (Symbolbild: mac)

Raus aus der Opposition – rein in die Regierung. Das ist das Ziel der nordrhein-westfälischen FDP. Wären am Sonntag Landtagswahlen, stünden die Liberalen je nach Umfrage bei neun bis elf Prozent. Vor allem eine Forderung aus dem Wahlprogramm wird Studierenden aufhorchen lassen: Die FDP will den Akademiker*innen nach Abschluss in die Tasche greifen und sogenannte „nachgelagerte Studiengebühren“ einführen. Bis auf einen Zick-Zack-Kurs der CDU lehnen alle anderen Parteien die Forderung deutlich ab oder äußern sich nicht dazu.

„Absolventen Solidarbetrag“ – so will die FDP-nahe Liberale Hochschulgruppe (LHG) in NRW die neuen Studiengebühren nennen. Wer als Akademiker*in mehr als der Durchschnitt verdiene, solle auch die Kosten seines Studiums tragen, so die Liberalen. 500 Euro pro Semester sollen Absolvent*innen demnach im Berufsleben an die Universitäten zurückerzahlen.

Lindner macht auf Linke

Gerechtfertigt wird die Abgabe unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit: „Ich kann auch Verteilungsgerechtigkeit – nicht nur die Linke“, sagte etwa FDP-Vorsitzender Christian Lindner Ende Februar bei einem Auftritt an der Universität Bielefeld. Die Argumentation des Spitzenkandidaten für die Landtagswahl: „Wissen sie, wer für ihr Studium bezahlt? Die Kosmetikerin, die für ihre Ausbildung bezahlt und dann Steuern und Sozialabgaben zahlt.“ Man wolle diejenigen, die im Schnitt trotz höheren Steuern sieben bis acht Prozent Rendite aus dem Studium zögen, mit einer Rückzahlung in Höhe von etwa zwei Brutto-Monatsgehältern einen Beitrag leisten lassen.

Eine Steuererhöhung geht der FDP aber zu weit. Dabei raten Gebührengegner*innen, wie das Aktionsbündnis Studiengebühren, den Hebel bei der Einkommenssteuer anzusetzen: „Wer mehr Gerechtigkeit in der Hochschulfinanzierung möchte, täte gut daran, zunächst über mehr Gerechtigkeit im Steuersystem nachzudenken – und aus den Steuereinnahmen unter anderem die Hochschulen ausreichend öffentlich zu finanzieren“, so das ABS in seiner bereits 2008 veröffentlichten Broschüre *Argumente gegen nachgelagerte Studiengebühren*. Die NRW-FDP dagegen fordert laut Wahlprogramm Entlastungen bei der Einkommenssteuer – von denen wiederum erneut Vielverdienende profitieren. Eine Umverteilung sieht anders aus.

Akademiker*innen-Kinder weiter besser gestellt

Sozial ausgleichend sind die nachgelagerten Studiengebühren jedenfalls nicht: „Bei Studierenden aus reicheren Elternhäusern ist davon auszugehen, dass deren Eltern in der Regel dazu in der Lage sind, die Gebühren direkt zu zahlen“, so das ABS. Studierende aus einkommensschwächeren Familien könnten auf eine solche finanzielle Unterstützung nicht zurückgreifen.

Bislang steht die FDP-NRW mit ihrer Forderung alleine auf der politischen Bühne. Eine rot-grüne Landesregierung hatte einst im Sommersemester 2004 Studiengebühren für Langzeitstudierende eingeführt, die darauf folgende schwarz-gelbe NRW-Regierung hatte es den Hochschulen von 2007 bis 2010 sogar ermöglicht, während des Studiums 500 Euro pro Semester und Studierenden zu kassieren. Nach massiven Bildungstreiks und Protesten schaffte wiederum Rot-Grün unter Beteiligung der Linken die sogenannte Campus-Maut im Februar 2011 komplett ab.

Durchgelesen: CDU-Leitantrag



Am 14. Mai sind Landtagswahlen: Wir haben im Leitantrag der Christdemokrat*innen gestöbert. **Seiten 4 und 5**

Angeschaut: Recht auf Stadt



Wem gehört der Raum? Der Film *das Gegenteil von Grau* stellt Initiativen vor, die sich mit dieser Frage beschäftigen. **Seite 7**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de. Auf Facebook findet ihr uns unter www.facebook.com/akduell/ und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Auch Anfang März 2017 hieß es noch in einem gemeinsamen Antrag der SPD und der Grünen im Landtag: „Die Abschaffung der Studiengebühren war der richtige Weg und ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit.“ Und: „Ihre Wiedereinführung wird es in NRW nicht geben, auch nicht für einzelne Studierenden-Gruppen oder als nachgelagerte Gebühren. Studiengebühren lehnen wir in jeglicher Form ab.“

Das Thema Studiengebühren spaltet auch die Studierendenvertreter*innen des kleineren hochschulpolitischen Parketts an der Universität Duisburg-Essen: Die aktuelle Opposition (Grüne Hochschulgruppe, Linke Liste und Jusos) lehnt Studiengebühren ab. Auch Antihelden, Unabhängige Demokraten und Internationale Liste sind gegen jede Campus-Maut – ihre AStA-Koalitionspartner, der CDU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) und die LHG, wollten sich in der Abstimmung im Studierendenparlament am 8. Dezember nicht gegen Studiengebühren positionieren. Auf Antrag der Opposition soll der AStA aber bald eine Demonstration gegen die Abgaben organisieren. [mac]

Schwarz sehen

Kommentar

Schutzlos in der Massenunterkunft

Von Maren Wenzel

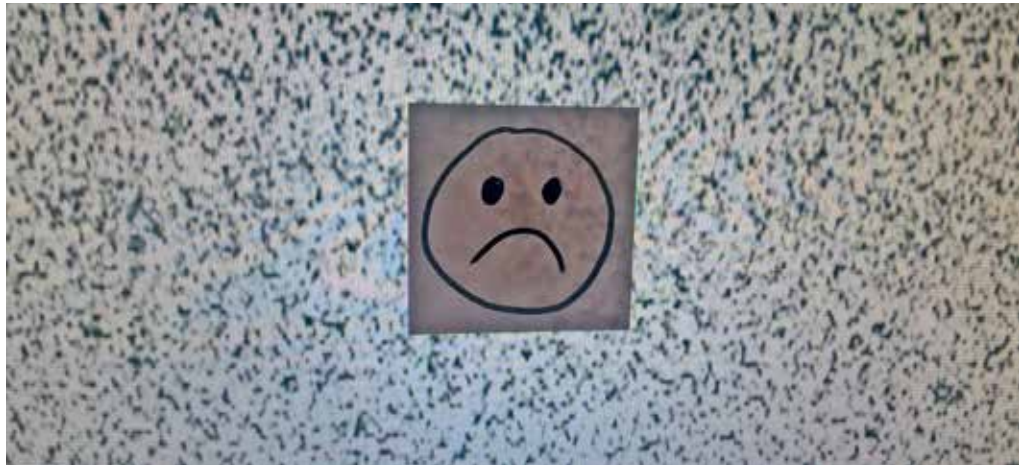
Eine von 20 Frauen in Massenunterkünften für geflüchtete Menschen hat starke Selbsttötungsgedanken. Das ergab eine Befragung der Charité Berlin und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD). Über die Hälfte der 639 befragten Frauen* bezeichnet die Zufriedenheit der Wohnbedingungen entweder als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Dabei gehören Frauen* und Familien (über 80 Prozent der Befragten waren Mütter) zu den besonders schutzbedürftigen Gruppen.

Artikel 6 des Grundgesetzes sagt: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.“ Wer die Ergebnisse der neuen Studie liest, muss sich fragen, welcher besondere Schutz da gemeint ist. Denn bisher wird wenig bis gar nichts für Frauen* und Familien in Unterkünften getan. Es gibt in den allermeisten Fällen keine Schutzräume, keine Privatsphäre, keine ausreichende psychologische Betreuung und kaum angemessene Übersetzung.

Trotz ärztlichem Attest werden sogar Frauen* mit Hochrisikoschwangerschaften weiter in Massenunterkünften statt Wohnungen untergebracht – so beispielsweise in einem Fall in Bochum. Immer wieder werden Familien durch Abschiebungen auseinander gerissen, immer wieder berichten Betroffene von massiven Gewalteinwirkungen bei den Abschiebungen – auch gegen Frauen*.

Eine Frau, die in einer Unterkunft in Burbach untergebracht worden war, wo weitere geflüchtete Menschen in einem Raum mehrfach eingesperrt und geschlagen worden sein sollen, schilderte Anfang 2016 sogar von Security-Personal verschleppt worden zu sein. Nachdem sie mit den Mitarbeitern etwas getrunken habe, sei sie ohnmächtig geworden. Nach zwei Tagen sei sie nackt in einem ihr unbekanntem Raum zu Bewusstsein gekommen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.

Auf die Äußerungen von Betroffenen, wie etwa Women in Exile, einer selbstorganisierten Gruppe geflüchteter Frauen, wird seit Jahren nicht eingegangen. Sie fordern schon seit 2010 in einer Kampagne: Keine Lager für Frauen – alle Lager abschaffen! Die aktuellen Zahlen und die immer wieder alarmierenden Fälle von Übergriffen geben ihnen Recht. Es gibt keinen ausreichenden Schutz und kein menschenwürdiges Leben in Massenunterkünften. Und wer die Familie wirklich schützen will, der trennt sie auch nicht durch Abschiebung.



Am 29. März wird das DVB-T abgeschaltet. Dann schauen die Nutzer*innen genauso wie der Smiley. (Foto: mehu)

Nach der Vorlesung nach Hause kommen, die Schuhe ausziehen, kurz den Fernseher einschalten, bevor es an den Schreibtisch zum Lernen geht. Oder sich abends mit Freund*innen treffen und bekannte Trash-TV Formate schauen. Für viele Studierende gehört Fernsehkonsum zum Alltag. Ab dem 29. März wird bei Vielen der Fernseher jedoch schwarz bleiben.

Das DVB-T (Digital Video Broadcasting - Terrestrial) wird abgeschaltet. Folgen soll das Format DVB-T2 HD, da die Frequenzlizenzen neu vergeben wurden: Die Frequenzen vom alten DVB-T werden für das mobile Internet genutzt. In nahezu jedem Elektronikmarkt finden sich jetzt Empfangsgeräte für das neue DVB-T2 HD Format (Einstiegsmodelle ab 30 Euro). Geworben wird in dem Zug mit hochauflösenden Programmen und tatsächlich hat DVB-T2 HD das beste Signal im Vergleich zu Kabel- oder Satellitenfernsehen. Das Ganze hat aber nicht nur neben der Anschaffung der Receiver seinen Preis.

Jahresgebühr an die privaten Sender

DVB-T war kostenlos, sein Nachfolger wird nun der erste Empfangsweg sein, bei dem nicht alle Programme frei verfügbar sind. Denn die privaten Sender der RTL-Gruppe und der ProSieben Sat.1 Media AG werden verschlüsselt. Gegen eine Jahresgebühr von etwa 70 Euro können sie freigeschaltet werden. Jasmin Mittenzwei, Sprecherin der ProSieben Sat.1 Media AG, erklärt hierzu: „Die Bereitstellung von hochauflösenden Sendern wird mit einem hohen technischen Aufwand betrieben, den die privaten Sender – anders als die öffentlich-rechtlichen – nicht über die Rundfunkgebühr refinanzieren können. Aus diesem Grund zahlen die Zuschauer für den Empfang der HD-Programme ein technisches Zugangsentgelt an den Plattformbetreiber, egal über welchen Übertragungsweg sie die Programme nutzen.“

Über Kabel oder Satellit können die Sender in der Standardauflösung bisweilen dennoch empfangen werden. Das ändert sich aber bald.

Das Ende des Free TV?

2023 läuft die 10-jährige Vereinbarung zwischen den Privatsendergruppen und dem Bundeskartellamt aus, indem festgelegt wurde, dass die Sender unverschlüsselt und in SD über Kabel und Satellit übertragen werden. Nico Jurrán, Redakteur des Computermagazins *c't* hat sich mit der Thematik befasst und sieht mit der Umstellung auf DVB-T2 HD das Ende des „Free TV“ besiegelt. Denn nur etwa drei Millionen Haushalte in Deutschland schauen über DVB-T, zum Vergleich ist Satellitenfernsehen in etwa 17 Millionen deutschen Haushalten zu finden. Daher sieht Jurrán in der Umstellung eine Art „Experiment“, ob die Menschen auch bereit wären für die privaten Sender zu bezahlen. Schließlich finanzieren sie sich (noch) nur durch Werbung.

Verbraucherfreundliche Umstellung: Fehlanzeige

Kritik gibt es auch von anderer Stelle. Im Jahr 2014, als erste Details zur geplanten Umstellung öffentlich wurden, forderte der Verbraucherzentrale Bundesverband (Vzbv) eine verbraucherfreundliche Umstellung: „Es ist nicht einsehbar, warum Verbraucher zusätzlich für eine Entschlüsselung zahlen sollen, wenn die neue Übertragungstechnik eingeführt wird“, so Ilja Braun, Referent für Telekommunikation beim Vzbv.

Die alten DVB-T Receiver werden bald unnütz sein, veraltet und schließlich Müll. Aktionen wie den alten Receiver im Elektrofachhandel zurückgeben zu können gab es bisher nicht. Allein 2014 lag in Deutschland das Pro-Kopf Aufkommen von Elektroschrott bei 21,4 Kilogramm. Dieser endet oft in fragwürdigen Enddeponien – und das meist nicht in Deutschland. [mehu]

Maaslos übertrieben?

Noch diesen Monat soll der Bundestag ein neues Gesetz beschließen, das Polizeibeamt*innen und Rettungskräfte vor Übergriffen schützen soll. Mindestens drei Monate Freiheitsentzug sieht der neue Gesetzesentwurf für aktive Handlungen gegen den Körper von Polizist*innen vor. Damit sind nicht alle einverstanden, die Parteien halten sich bislang mit Kritik zurück. Viele Expert*innen und eine Kampagne hingegen sehen im Entwurf vor allem eins: Alarmismus und eine gefühlte Wahrheit.

Heiko Maas (SPD), Justizminister der Bundesregierung, präsentierte am 8. Februar 2017 einen neuen Gesetzesentwurf zur Verschärfung des Strafgesetzbuchs. Konkret soll es dabei um die „Stärkung



Symbolbild: Eine falsche Bewegung oder schlechte Laune von Polizist*innen kann schon eine Anzeige wegen Widerstand bedeuten. (Foto: rod)

des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“ gehen. Die Bundesregierung sagt, dass „gerade Polizisten [...] einen besonderen Schutz“ verdienen und bezieht sich auf die polizeiliche Kriminalstatistik von 2015. In dieser sind 68.212 Straftaten vermerkt, die sich gegen Vollstreckungsbeamt*innen und Rettungskräfte gerichtet haben sollen. In einem neu angelegten Straftatbestand soll jede aktive Handlung gegen den Körper von Polizist*innen mit mindestens drei Monaten Freiheitsstrafe belegt werden.

Undifferenzierte Interpretationen

Seit 2011 existiert die Statistik bei der auch Polizeibeamt*innen als Opfer geführt werden. Gebetsmühlenartig formulieren die polizeilichen Gewerkschaften seit der Einführung härtere Strafen bei Angriffen auf Polizist*innen. Nun soll es soweit sein. Doch nicht nur am Gesetzesentwurf

gibt es erhebliche Kritik, auch an der Interpretation der Statistiken.

Bei genauer Betrachtung der Statistiken – in den Debatten um den Gesetzesentwurf ein oft unterschlagener Fakt – fällt auf: Über 40.000 und damit ein Großteil der aufgeführten Straftaten fällt unter „Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte“. Dabei kann schon ein falsches Zucken, beispielsweise bei der Räumung einer Sitzblockade, zu einer Anzeige führen. Das Recherche-Zentrum *Correctiv* berichtete schon vor über einem Jahr, dass Polizeibeamt*innen, sollten sie eine Anzeige bekommen, häufig als Gegenmittel selbst eine Anzeige gegen das mutmaßliche Opfer erstatten. Was dabei letztendlich in der Akte steht: „Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte“.

Auch Recherchen vom *WDR-Magazin Monitor* zeigen: Die angehobene Statistik gibt nicht wieder, was sie sollte, denn in ihr werden grundsätzlich alle Ermittlungsverfahren erfasst. Rechnet man jedoch Körperverletzungsdelikte, Raub, Totschlag und Mord zusammen, die in der Statistik gesondert aufgeführt werden, ergeben sich 20.815 Ermittlungsverfahren. Auch Kriminolog*innen sehen deshalb keinen Grund für Alarmismus. Rita Steffes-enn vom Zentrum für Kriminologie und Polizeiforschung führte im *ZDF* aus, dass durch die Kürze der Erhebung noch nicht genau dargestellt werden könne „wie die Zahlen sich wirklich langfristig entwickeln.“ Es gebe in einigen Teilen sogar drastische Rückgänge der Straftaten, in anderen leichte Anstiege.

Grundgesetz vs. Gesetzesentwurf

Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg geht in seiner Analyse sogar noch weiter: Der Diskurs um Gewalt gegen Polizeibeamt*innen habe sich selbstständig, „das heißt er ist moralisch geworden. Es ist eine gefühlte Gewalt, die interpretiert wird [...] und eben keine statistisch nachweisbare.“ Eine wirksame Maßnahme gegen Gewalt an Polizist*innen können er und Rita Steffes-enn im Gesetzesentwurf nicht erkennen. Sie beschäftigt sich in der Polizeiforschung vor allem mit der Täter*innen-Perspektive und sieht bei dem überwiegenden Teil der Gewalttäter*innen „das [...] Merkmal, dass sie nicht auf Autoritäten reagieren.“ Rückfallstudien würden belegen, dass Abschreckung nicht helfe.

Widerstand gegen das Vorhaben der Bundesregierung regt sich aber auch von der Kampagne „Nein zum Polizeistaat“. In einer Petition fordert sie Justizminister Maas dazu auf „die Änderungen der §113 und §114 des Strafgesetzbuches zu stoppen und stattdessen überfällige Maßnahmen zum Schutz gegen Polizeigewalt umzusetzen.“ Sie sehen in den geplanten Änderungen, dass das Recht auf „körperliche Unversehrtheit von Polizist*innen künftig höher eingestuft wird, als die aller anderen

Bürger*innen.“ Für sie handele es sich gar um einen Verstoß gegen Artikel 3 des Grundgesetzes. Nach diesem müssen alle Menschen vor dem Gesetz gleich behandelt werden.

Die Kampagne führt verschiedene Meinungen von Wissenschaftler*innen und weitere kritische Stimmen an. So zum Beispiel auch die von Tobias Singelstein. Er ist Rechtswissenschaftler und Kriminologe und verweist auf die ursprüngliche Absicht des Paragrafen zum Widerstand gegen Vollstreckungsbeamt*innen: „Taten, die in der Hitze der Erregung gegenüber Polizeibeamten [...] begangen werden, sollten nicht so scharf beurteilt werden [...] So wollte der Gesetzgeber der Ausnahmesituation Rechnung tragen, in der sich Bürger befinden, die gut ausgerüsteten Vertretern der Staatsgewalt mit besonderen Befugnissen gegenüberstehen.“

Rassismus und fehlende Kontrolle

Ein weiterer nicht unerheblicher Faktor ist die fehlende Kontrolle von Polizist*innen. In Gerichtsverfahren sprechen diese oft ihre Aussagen ab, gibt es eine Anzeige gegen eine*n Beamt*in, sollen die eigenen Kolleg*innen ermitteln. Bislang gibt es keine institutionelle oder unabhängige Kontrollstelle, die sich gesondert um Fälle von Polizeigewalt kümmert. Selbst statistische Erhebungen zu Polizeigewalt und Verurteilungen von Beamt*innen gibt es vom Bund nicht.

Besonders benachteiligt dürften bei einer erfolgreichen Abstimmung über den Gesetzesentwurf Migrant*innen sein. Karen Taylor von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland kritisierte bereits zuletzt auf der Podiumsdiskussion des Tribunals ‚NSU-Komplex auflösen‘ zu rassistischer Polizeigewalt, dass es keine unabhängige Stelle gebe, die sich beispielsweise dem Racial Profiling annehme und die Polizei auf Einhaltung des Grundgesetzes kontrolliere (aktuell berichtete).

Erst Wochen zuvor, am 1. Februar 2017, berichtete die *taz* von einem Fall bei dem Racial Profiling nachgewiesen werden konnte. Kanwal Sethi wurde am 31. März 2014 in Erfurt von der Polizei kontrolliert und zieht danach vor Gericht. An seiner Seite ist der Göttinger Anwalt Sven Adam, der ein Spezialist in Racial-Profiling-Verfahren ist. Am Ende des Verfahrens stellt sich heraus: Die geladenen Polizisten hatten ihre Aussagen nicht nur abgesprochen, sondern auch die ursprünglichen Berichte geändert.

Es bleibt also mindestens fragwürdig, ob die Bundesregierung mit dem Gesetzesentwurf tatsächlich eine notwendige Reform der Strafgesetze angestoßen hat. Führt man sich die Meinungen vieler Expert*innen vor Augen, scheint es sich eher um Symbolpolitik zu handeln, denn Kosten kommen damit auf die Bundesregierung nicht zu. Eine unabhängige Kontrollinstitution wird auch weiterhin Wunschdenken vieler (migrantischer) Bürger*innen bleiben und die Kritik, der Gesetzesentwurf sei „maaslos übertrieben“ könnte gleichermaßen von Protestierenden wie auch von Expert*innen kommen. [rod]

Konservativ in die Landtagswahlen



Die CDU möchte runter von der Oppositionsbank und rein in die Regierung. (Foto: fro)

Mit 26,3 Prozent der Stimmen bei den vergangenen NRW-Landtagswahlen 2012 ist die CDU stärkste Oppositionspartei. Am 14. Mai werden die Karten neu gemischt. Zwar führt die SPD bislang in den Umfragen, mit den Forderungen nach mehr Abschottung von Geflüchteten und einer Aufwertung von Ausbildungsberufen möchte die CDU aber wieder die Regierungsverantwortung übernehmen.

Für Aufsehen sorgte Armin Laschet, Vorsitzender der NRW-CDU, der sich im Dezember vergangenen Jahres mit der Forderung polarisierte, Studierende für ihre akademische Ausbildung tiefer in die Tasche greifen zu wollen. Dass Auszubildende in einigen Pflegeberufen für ihre Ausbildung zahlen müssen, während angehende Ärzt*innen ein kostenfreies Studium abschließen, sei sozial nicht gerecht. Mit nachgelagerten Studiengebühren unternahm er denselben Versuch wie die FDP Bildungskosten in ein sozial verträgliches Gewand zu verpacken. Jetzt, einige Monate später, überrascht die CDU. In ihrem Leitantrag, der am 1. April auf dem Landesparteitag diskutiert wird, findet sich kein Wort über Studiengebühren. Mehr noch: „Für die Studierenden wollen wir einen kostenfreien Zugang zur Hochschulbildung sicherstellen“, heißt es. Wie ernst es die Partei mit der 180-Grad-Wendung meint, wird sich zeigen. Währenddessen planen Aktivist*innen Proteste gegen Studiengebühren. Am 6. Mai möchte die Landesschüler*innenvertretung beispielsweise vorm Düsseldorfer Hauptbahnhof demonstrieren.

Insgesamt sieht die CDU im Universitätssektor Optimierungsbedarf. Im Vergleich mit anderen Bundesländern sei NRW kein besonders attraktiver Hochschulstandort. Anders als es die Christdemokrat*innen Rot-Grün vorwerfen, wollen diese dafür Sorge tragen, die Abbrecher*innenquote zu senken. Bundesweit bricht laut Deutschem Zentrum für Hochschul-

und Wissenschaftsforschung an der Uni jede*r Dritte, an Fachhochschulen jede*r Vierte sein Bachelorstudium ab. Welche konkreten Maßnahmen getroffen werden, ist dem Leitantrag nicht zu entnehmen. Geplant ist aber, eine Hochschulentwicklungskommission mit Universitäten und Fachhochschulen zu etablieren. Unter anderem sollen hier die einzelnen Studiengänge hinsichtlich Modernisierungsvorhaben evaluiert werden.

Auch möchte die CDU die Betreuung von Studierenden an Hochschulen verbessern. Bisher müssten sich zu wenig Dozierende um zu viele Studierende kümmern, sodass keine optimalen Lernbedingungen möglich wären. Im Schnitt kämen zwölf Studierende auf eine*n Dozierende*n. Angestrebt wird zudem eine bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie. Wie sich die CDU eine – wie im Leitantrag beschrieben – verantwortungsvolle Kooperation zwischen Universitäten und Wirtschaft genau vorstellt und wie sie sich zu Drittmitteln positioniert, ist nicht zu entnehmen. Auf Rückfrage der aktuell hat die Jugendorganisation der Partei, die Junge Union, bis Redaktionsschluss keine Stellung genommen.

Inklusion kam „völlig überhastet“

Zwar sprechen sich die Christdemokrat*innen für inklusiven Unterricht aus. Die Einführung durch die rot-grüne Landesregierung sei aber „völlig überhastet und ohne entsprechende Vorbereitung“ geschehen. Lehrer*innen hätten keine ausreichende Fortbildungen für die neuen Aufgaben erhalten, die Schulen seien kaum vorbereitet gewesen und auch die Lehramtsausbildung an den Universitäten sei noch nicht auf die realen Anforderungen abgestimmt. Aus Sicht der CDU sei inklusiver Unterricht für einen Großteil der Schüler*innen mit Inklusionsbedarf problemlos möglich, trotzdem müsste der Besuch einer Förderschule für besonders betreuungsbedürftige Kinder und Jugendliche weiterhin möglich sein. Die Erziehungsberech-

tigten sollten dann das Recht haben, über den Schulbesuch ihres Kindes zu entscheiden.

Eine Abkehr vom selektiven Bildungssystem ist nicht im Interesse der CDU. Eine Einheitsschule lehnt sie ab, weil damit nicht die individuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abgedeckt werden könnten. Hier fällt ein Widerspruch auf: Generell sollten Schüler*innen mit Inklusionsbedarf nicht am Gymnasium unterrichtet werden. Nur wenn sie ausreichend Ressourcen für inklusiven Unterricht haben, sollten Gymnasien weiterhin Regelschüler*innen sowie Lernende mit Inklusionsbedarf gemeinsam unterrichten. Trotzdem solle es die Regel sein, dass dort zielgleich unterrichtet werde – also keine Schüler*innen mit Inklusionsbedarf am Unterricht teilnehmen. Nichtsdestotrotz beschränkt sich Inklusion für die CDU nicht auf den Schulbereich. Auch müsse der Zugang von Menschen mit Behinderung auf den Arbeitsmarkt erleichtert werden, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. „Wir wollen ausdrücklich bewährte Strukturen erhalten“, heißt es im Leitantrag. Behinderte Menschen sollen in separaten Werkstätten am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Damit setzt die CDU allerdings auf Separation statt Inklusion auf dem Arbeitsmarkt. Außerdem müsse dafür gesorgt werden, dass Barrierefreiheit zur Normalität werde.

Auch 2017 ist das religiöse Bekenntnis für die CDU noch maßgeblicher Identitätsstifter. „Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen, Religion aus dem Alltag von Staat und Gesellschaft vollständig [...] hinauszudrängen“, heißt es im Leitantrag. Christliche Feste zu säkularisieren und christliche Symboliken aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, lehnt die Partei explizit ab. Sie bekennt sich aber auch zur jüdischen Religion und hebt das besondere Schutzbedürfnis jüdischer Glaubenseinrichtungen hervor. Auch erkenne die CDU an, dass der Islam stärker in die Gesellschaft eingebunden werden müsse. Islamischer Religionsunterricht an Schulen solle ausgebaut werden. Zudem weist die Oppositionspartei darauf hin, dass man sich entschieden gegen islamistischen Fundamentalismus positionieren müsse.

Ansehen von Berufsausbildungen steigern

Immer mehr junge Menschen beginnen ein Universitätsstudium. Der CDU scheint dies ein Dorn im Auge zu sein. „Das Verhältnis zwischen beruflicher und akademischer Bildung ist aus der Balance geraten“, heißt es im Leitantrag der Partei. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel sei es Aufgabe der Politik, dem durch eine Stärkung der dualen Berufsausbildung entgegenzuwirken. Vor allem müssten Schüler*innen für technische Berufe inspiriert und von der Gleichwertigkeit akademischer und praktischer Berufe überzeugt werden. Die Belange

des Arbeitsmarktes werden dem individuellen Interesse übergestellt.

Die Anzahl der Frauen in Beschäftigungsverhältnissen soll aus Sicht der CDU erhöht werden. Dies gelte es besonders hinsichtlich des Altersarmutsrisikos von Frauen zu ändern. So möchte die CDU Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen, die nach einer Elternzeit wieder in den Beruf einsteigen, anbieten und den Anteil von Frauen ins Führungspositionen ausbauen.

NRW solle laut CDU wieder das wirtschaftlich stärkste Bundesland werden, damit soziale Ungleichheiten abgebaut werden können. Um das wirtschaftliche Wachstum anzuregen, sollen in einigen Bereichen Deregulierungsmaßnahmen getroffen werden. Beispielsweise sollen Grund- und Gewerbesteuer gesenkt und die Bebauung von Industrie- und Gewerbeflächen vereinfacht werden.

Leitkultur und Abschottung

Grundlegend für ein respektvolles Miteinander sei laut CDU eine gemeinsame Leitkultur, mit der die Union sowohl wie die AfD für einen Wertekonsens kämpfen. Dazu gehören neben dem Erlernen der deutschen Sprache unter anderem „dass sogenannte Parallelgesellschaften [...] entschieden bekämpft werden“, dass Schüler*innen nicht wegen religiöser oder kultureller Unterschiede vom Schulunterricht freizustellen sind, dass Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt sind sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels. Mit diskriminierenden Positionen in den eigenen Reihen geht die Partei indes weniger kritisch um. So ist sich die Partei in der Ungleichbehandlung Homosexueller einig und Laschet spricht sich gegen ein Wahlrecht von Nicht-EU-Ausländer*innen bei nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen aus. „Wer das jetzt beschließt, hat demnächst Vertreter der AKP von Erdoğan in jedem Stadtrat sitzen“, begründet er gegenüber der Rheinischen Post, weshalb er in Deutschland lebende Türk*innen von der demokratischen Teilhabe ausschließen möchte.

Für in Deutschland lebende Geflüchtete mit Bleibeperspektive möchte die CDU den Zugang auf den Arbeitsmarkt und in den Schulen verbessern. Nur so könne Integration gelingen. Gleichzeitig spricht sich die CDU für den Ausbau der Abschottungspolitik aus. Dafür begrüßen die Christdemokrat*innen die Gründung einer Grenz- und Küstenwache an den EU-Außengrenzen, die Geflüchtete aufhalten soll. Vor allem wegen jüngster Anschläge durch Anhänger der Terrormiliz Islamischer Staat sei dies in ihren Augen notwendig. Warum ein hochgradig außenpolitisches Thema den Weg ins Landtagsprogramm gefunden hat, beantwortet die CDU nicht. Mehr Abschottungspolitik sei aber nötig, um Probleme gesamt-europäisch lösen zu können. Lediglich auf diesem Weg könne die Freizügigkeit und die Binnenwirtschaft erhalten blei-



Landesvorsitz Armin Laschet forderte nachgelagerte Studiengebühren. (Foto: KASonline/flickr.com/CC BY 2.0)

ben. Ziel sei weiterhin die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu erhalten und zu stärken, um auf dem globalen Markt Bestand zu haben. Ein kritischer Blick auf die Gründe für volkswirtschaftliche Differenzen innerhalb des gemeinsamen Wirtschaftsraumes bleibt aus – dafür fordert die CDU explizit, dass „Einwanderung in unsere Sozialsysteme konsequent verhindert“ werden müsse. Eine „Sorge“, die sie mit ihrem Unionspartner CSU und der AfD gemein hat. Der christdemokratische Freiheitsbegriff beschränkt sich jedoch insgesamt auf die Freiheit von Europäer*innen beziehungsweise Deutschen, wenn man sich die Abschottungspolitik der Partei vergegenwärtigt.

CDU gegen Homo-Ehe

Außerdem habe Homophobie in NRW keinen Platz. Die CDU möchte mit Aufklärungs- und Toleranzprojekten Sensibilisierung für Homo-, Bi- und Intersexuelle sowie Transgender sorgen. Über die genaue Umsetzung der Projekte gab die Partei bislang keine Informationen. Wie die CDU zu einer Ehe für gleichgeschlechtliche Paare steht, ist zumindest dem Leitanspruch nicht zu entnehmen. Das Grundsatzprogramm von Juni 2015 liefert jedoch Aufschluss, wie sich die Partei dazu positioniert: „Die CDU Nordrhein-Westfalen sieht in der grundgesetzlich geschützten Ehe zwischen Mann und Frau die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie“, heißt es. Zwar erkenne die CDU verschiedene Formen des Zusammenlebens an, doch solle die Ehe zwischen Mann und Frau weiterhin das privilegierte Familienleitbild bleiben. Inwiefern die Absage einer Homo-Ehe nicht homophob ist, wird nicht beantwortet. Säkularisierung und Gleichheit aller ist mit der CDU nicht zu haben. [fro]

Ballern!

Schunkelpogo



Ahoi, ihr Seeratten! Auch der Sonntag möge im Zeichen des tanzwütigen Discobären stehen. Daher lädt die direkt am Hafen des wunderschönen Duisburger Stadtteils Ruhrort und unmittelbar an der Horst-Schimanski-Gasse gelegene stabile Hafenkneipe Zum Hübi zum feuchtfröhlichen Alkoholgenuss mit Zappeleinlagen ein. Leinen los!

↗ **Sonntag, 2. April, ab 19 Uhr, Zum Hübi, Dammstraße 27, Duisburg**

Beteiligen!

5. Tag der Solidarität

Über fünf Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU jährt sich auch der Tag der Solidarität. In Gedenken an Mehmet Kubaşık, der am 4. April 2006 vom NSU ermordet wurde, wollen auch in diesem Jahr wieder viele Menschen ein aktives Handeln gegen institutionellen Rassismus einfordern. Sie wollen nicht nur das Kerntrio in den Fokus rücken, sondern auch die Opferperspektive stärken und die Unterstützer des NSU-Komplexes anklagen.

↗ **Dienstag, 4. April, ab 17.30 Uhr, Mallinckrodtstraße 190, Dortmund**

Bilden!

Happy Birthday Harry!

Vor 20 Jahren, 1997, veröffentlichte Johann K. Rowling den ersten *Harry Potter*-Roman. Inzwischen sind die Bücher auch im akademischen Diskurs angekommen. Studierende aus Bonn, Köln und Leipzig widmen sich zwei Tage lang dem Phänomen Harry Potter. Dabei erörtern die Teilnehmer*innen unter anderem auch damit wie Rassismus, Terror und Religion in der Buchreihe thematisiert werden. Die Konferenz wird auf Englisch abgehalten.

↗ **Dienstag, 4. April und Mittwoch 5. April, jeweils ab 9 Uhr, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Regina-Pacis-Weg 3, Bonn, Eintritt frei**

"Wir wollen keinen Krieg, wir wollen reden!"



Die Theatergruppe Coexist wirbt mit ihrem Stück für kritischeren Umgang mit Antisemitismus und positioniert sich klar gegen Rassismus und Krieg (Foto: rat)

Viele muslimische Kinder und Jugendliche in Deutschland wachsen mit Vorurteilen gegenüber Jüd*innen auf – meist geprägt durch die Erfahrungen oder Vorurteile ihrer Eltern sowie durch den Nahost-Konflikt. Um dem etwas entgegen zu setzen, organisiert die Initiative HeRoes aus Duisburg-Marxloh mit interessierten Jugendlichen regelmäßig Fahrten in das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz. Die Gedanken, Gefühle und Zwiespälte, denen die jungen Männer* dort begegnen, haben sie zu Papier gebracht – und ein Theaterstück daraus entwickelt.

„Was ist die Wahrheit?“, fragt ein junger Mann ganz verzweifelt in die Runde, doch keiner hat eine Antwort für ihn. Der Mann ist innerlich entzweit – er steht zwischen den Ansichten seines muslimischen, antisemitischen Vaters und der Wahl, sich selbst ein Bild zu machen von Jüd*innen in der arabischen Welt. Ja, welche Wahrheit ist die richtige? Gibt es überhaupt eine solche Wahrheit? Und wie unterscheidet man zwischen richtig und falsch? Das sind die Fragen, die ihn beschäftigen. Schon von klein auf wird dem jungen Mann Jüd*innenhass förmlich eingebläut, Jüd*innen seien Kreaturen sagt ihm sein Vater. Kreaturen, die ihm sein Land wegnehmen möchten, ein angestrebtes geeintes Arabien. Sie seien Feinde, die ausgerottet werden müssten, um das Land zu schützen. Er hinterfragt nicht, sondern tut das, was sein Vater ihm aufträgt. Er tötet Jüd*innen, wenn er muss.

Doch dann begegnet er einem jungen Juden, der ihn wachrüttelt – „Es ist doch genug Platz für uns alle da“, sagt ihm dieser – und er beginnt zu zweifeln. Er entscheidet sich dazu, seinen Hass zu überwinden – und das obwohl er weiß, dass sein Vater diese Entscheidung nicht akzeptieren wird. Es ist eben jener Generationenkonflikt, der in dem Theaterstück *Junge Muslime in Auschwitz* der HeRoes-Theatergruppe Coexist aus Duisburg im Vordergrund steht. Es geht darum, wie Hass und Vorurteile von einer Generation auf

die nächste übertragen werden. Es geht aber auch um Zivilcourage, um Verantwortung für die eigenen Taten und darum, wie sich junge Muslim*as in der heutigen Gesellschaft mit Antisemitismus und Nationalismus auseinandersetzen. Während des gesamten Stückes setzen sich die Jugendlichen mit der Gewalt und der systematischen Vernichtung von jüdischen Menschen auseinander.

Gegen Vorurteile und gegen Rassismus

Bereits seit 2011 organisieren die HeRoes in Kooperation mit dem Verein Offene Jugendarbeit aus Duisburg fast jährlich Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz, um das ehemalige Konzentrationslager zu besuchen. Unter der Begleitung von Gruppenleiter Burak Yilmaz setzen sich junge Männer* zwischen 16 und 27 Jahren mit arabisch-, türkisch- und kurdischsprachigen Hintergrund intensiv mit den Verbrechen der Nazis an Jüd*innen auseinander. „Wir als Muslime in Deutschland sollten uns endlich dem Thema Antisemitismus in unserer eigenen Community stellen“, erklärt Yilmaz den Ansatz der Gedenkstättenfahrt. Denn der Zugang zum Antisemitismus erfolge bei den Jugendlichen meistens ausschließlich durch den Nahost-Konflikt: „Da gibt es ganz starke Vorbehalte und Vorurteile gegen Jüd*innen, gegen Israelis. Man sieht sie als Feind an und sich selbst in einer Opferrolle“, so Yilmaz.

Viele der Jugendliche haben Eltern oder Großeltern, die selbst verfolgt wurden und deshalb nach Deutschland geflohen sind. Für sie bedeutet die Fahrt nach Auschwitz auch, sich mit widersprüchlichen Gedanken, inneren Konflikten und allen voran der eigenen Identität auseinanderzusetzen. Auch für Mohammed, der in dem Stück den Vater spielt, war die Fahrt nach Auschwitz wichtig, um sich seiner eigenen Identität neu anzunähern. Als in seiner Schule eine Auschwitz-Fahrt stattfand und er nicht einmal gefragt wurde, ob er daran teilnehmen wolle, fühlte er sich ausgeschlossen: „Damals ging es mir nicht darum, was über die deutsche Ge-

schichte zu lernen, mir ging es darum etwas zu sehen, was normalerweise die ‚Deutsch-Deutschen‘ sehen und ich wollte wissen, was das ist und was sie fühlen“, sagt er, und fügt hinzu: „Ich möchte, dass jeder Mensch in Deutschland in der Schule die Möglichkeit hat, nach Auschwitz zu fahren. Ich möchte nicht, dass mein Kind, wenn es mal so alt ist wie ich damals, sich auch ausgeschlossen fühlt.“ Es ist ein Gefühl, das Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland oftmals teilen. In vielen Schulen, wo HeRoes Workshops anbietet oder das Theaterstück aufgeführt, würden sich Schüler*innen, obwohl sie in Deutschland geboren sind, immer noch als Ausländer*innen fühlen. Aus der Fremdzuschreibung ‚Ausländer*in‘ werde irgendwann die Selbstzuschreibung ‚Ausländer*in‘.

Neue Perspektiven – neue Identität?

„Das erste Mal, dass wir nach Auschwitz gefahren sind, ist etwas ganz Interessantes passiert. Diese Jungs, die in Deutschland nie als Deutsche wahrgenommen werden, sind in Auschwitz ausgerechnet das erste Mal als Deutsche wahrgenommen worden. Und das hat die Jungs so aufgewirbelt, weil man auf einmal eine ganze andere Perspektive auf seine Identität bekommen hat“, erläutert Projektleiter Yilmaz. Daraufhin habe man beschlossen, dass das Thema künstlerisch aufgearbeitet werden müsse und auf die Bühne gebracht werden sollte. Bei der Auschwitz-Fahrt 2014 führten die Jugendlichen dann eine Art Gruppentagebuch, in dem sie ihre Gedanken festhalten konnten. Diese Niederschriften dienten als Basis für das Stück, das im Anschluss der Fahrt zusammen mit Theaterpädagogin Martina Gerber geschrieben und in Szene gesetzt worden ist. Die Premiere fand in der jüdischen Gemeinde in Duisburg statt.

„Unser Ziel ist: Wir wollen über Identität sprechen. Wir wollen zeigen, dass es total okay ist gleichzeitig deutsch und türkisch oder was Anderes zu sein, wenn man sich überhaupt so identifizieren möchte. Unsere Aufgabe ist auf jeden Fall zu zeigen, wie vielfältig Identität ist und dass diese Vielfältigkeit sehr wichtig ist“, sagt Yilmaz. Mit dem Stück soll ein neues, verbessertes Bewusstsein für Antisemitismus geschaffen werden. Vor allem in Zeiten von rechtsradikalen Strömungen in ganz Europa: „Wir wollen einer schweigenden Minderheit die Stimme geben und einen Gegenwind aufzeigen, gegen Rassismus, gegen Krieg“, ergänzt Mohammed. Bisher hat die Gruppe ihr Stück in zahlreichen Bildungseinrichtungen, Schulen, sowie in Kirchen und Synagogen aufgeführt. Auch wenn insbesondere einige Schüler*innen zum Teil schockiert reagiert hätten, sei der Zuspruch generell sehr hoch. Bald soll auch eine Aufführung in einer Moschee stattfinden. Im kommenden Monat geht es dann das erste Mal auf eine große Schauspielbühne, nämlich in das Neue Schauspiel nach Leipzig. Auch da soll die Botschaft am Ende des Abends heißen: „Wir wollen keinen Krieg – wir wollen reden!“ [rat]

Das Gegenteil von Grau



Der Dokumentarfilm *Das Gegenteil von Grau* feiert aktuell in mehreren Städten Premiere. (Foto: caro)

Den Leerstand der Stadt nutzen, alternative Lebensvorstellungen verwirklichen, Nachhaltigkeit, ein Miteinander statt Ausgrenzung und für die Belange von Minderheiten kämpfen. Im Dokumentarfilm *Das Gegenteil von Grau* von Matthias Coers und dem Netzwerk Recht auf Stadt Ruhr werden verschiedene Initiativen und Gruppen im Ruhrgebiet vorgestellt, die sich genau diese Themen zur Aufgabe gemacht haben und in Selbstorganisation und mit viel Engagement einen alternativen Blick auf die Stadt werfen. Am Sonntag, 26. März, feierte der Film im Lokal Harmonie in Duisburg Premiere mit anschließender Diskussionsrunde mit den Filmemachenden.

Ein kurzer Knall, der Sekt sprudelt aus der Flasche, Strahlen in den Gesichtern der Mieter*innen des Zinkhüttenplatzes in Duisburg-Hamborn. Sie haben nicht verloren. Fünf Jahre lang haben sie dafür gekämpft in ihren Wohnungen bleiben zu dürfen. Statt ihrer Siedlung samt Wiese waren hier eigentlich Parkplätze für ein neues Factory Outlet Center geplant, das nun aber doch nicht gebaut wird. Zu nah ist die Fläche an einem ansässigen Chemiewerk gelegen (aktuell berichtete).

„Ein bisschen kitzeln, da mitzumachen und sich einzubringen“

„Man muss denen richtig auf den Sack gehen“, fasst ein Mieter zusammen, was es braucht, um sich langfristig Gehör zu verschaffen. Viele der schon zumeist über 60-jährigen Mieter*innen wohnen seit Jahrzehnten in der weitflächig begrünten Siedlung. Für sie bedeutet das Leben hier mehr als nur vier Wände und ein Dach über dem Kopf zu haben. Auch bei der Filmvorführung sind einige von ihnen anwesend. Wenn auch nicht alles so einfach war, wie es vielleicht nach außen wirkte, so „ist das ja quasi ein Märchen“, findet Martina Mattern von der Bürgerinitiative

und betont zugleich, wie wichtig es sei, „Öffentlichkeit zu schaffen“. Und einer ihrer Kollegen wünscht sich: „Der Film soll anderen Mut machen, nicht so schnell aufzugeben.“

Ob gemeinschaftliches Gärtnern in Essen-Rütterscheid, Stadteilläden, alternatives Wohnen auf dem Bauwagenplatz in Duisburg-Homborn, der Buchladen Taranta Babu in Dortmund oder die Freirauminitiative DU it yourself, die sich unter anderem für den Erhalt der Alten Feuerwache in Duisburg-Hochfeld einsetzen (aktuell berichtete): Die Ideen der Initiativen sind vielfältig und bunt – aber eben nicht grau. Filmemacher Coers sei es vor allem wichtig gewesen keinen Film über, sondern mit Menschen zu machen und niemanden in eine Opferrolle zu schieben. Im zweiten Schritt müsse man gucken, „wo man ansetzen kann, um gemeinsam in die Praxis zu kommen“. Seine Kooperation mit dem Netzwerk spiegelt dieses Vorhaben wider. Oftmals sind die Interviewenden zudem selbst im Bild zu sehen.

„Ihr habt begriffen, was Demokratie ist“

Martin Krämer von Recht auf Stadt Ruhr beschreibt den Film einerseits als „Möglichkeit für Initiativen, sich vorzustellen“. Andererseits wolle man die Leute „ein bisschen kitzeln, da mitzumachen und sich einzubringen“. Insgesamt ist der Eindruck der Aktivist*innen des Netzwerks vor allem der, dass selbst Kenner*innen des Ruhrgebiets die Städte noch mal ganz anders kennenlernten. Es wurden ungesehene Orte gefunden und Menschen kennengelernt, die man sonst womöglich nie getroffen hätte. Es sei schade, dass viele der gezeigten Projekte nicht sehr bekannt seien. Deshalb heißt es umso mehr: Aufmerksamkeit generieren, mitmachen und nachahmen. „Menschen sind so unterschiedlich“ und der Film zeige diesen „Querschnitt der Gesellschaft“, resümiert eine Aktivistin.

Regisseur Coers (eigentlich aus Berlin) wünscht sich außerdem, dass zwischen den einzelnen Initiativen – wenn noch nicht geschehen – „Verbindungsstellen entstehen“. Eine Vertreterin des Netzwerks X nutzt dieses Stichwort und

Kurzgefasst

Ulrich Radtke bleibt Rektor

Es wurde viel geschrieben und diskutiert über die 100 Prozent-Wahl von SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz. Weniger Aufsehen, aber das gleiche Ergebnis erzielte der Rektor der Universität Duisburg-Essen bei seiner Wiederwahl am 23. März 2017. Die Hochschulwahlversammlung, gebildet aus Senat und Hochschulrat, befand schon wie im Jahr 2012 einstimmig: Radtke soll auch in der kommenden Wahlperiode von 2018 bis 2022 und in dritter Amtszeit Rektor der Hochschule bleiben. Seit 2008 ist der studierte Biologe, Geographiker, Historiker, Philosoph und Pädagoge Rektor der Universität. Seit 2016 ist er außerdem Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK).

pflichtet Coers bei, dass man größer und mächtiger sei, wenn man sich zusammenschließe und so auch mehr erreichen könne. Das Netzwerk X verbindet 40 Initiativen im Ruhrgebiet und setzt sich dafür ein, kulturpolitisch aktiv zu werden.

Das Publikum zeigte sich vom Film begeistert, das Lokal selbst war bis auf den letzten Stuhl besetzt. Unter den Gästen war auch der Autor des Reisehandbuchs *Im Tal der Könige* über das Ruhrgebiet, Roland Günther, der befand: „Dieser Film ist großartig!“ Er habe lange auf einen solchen Film gewartet, in dem viele unterschiedliche Projekte und Gruppen vorgestellt würden. Das Schöne sei, dass er eine Hilfs- sowie eine historische Perspektive aufzeige, nicht „mono-thematisch“ sei und nicht ausgrenze. „Ihr seid welche von den wenigen, die begriffen haben, was Demokratie ist“, richtet er seine Aussage an das Filmteam. Statt alles hinzunehmen, müsse man selbst aktiv werden und in den Dialog treten.

Ein weiterer Gast mahnt, „wir müssen bedenken, dass wir alle betroffen sind“. Auch wer etwa nicht in der Siedlung Zinkhüttenplatz lebe, tue gut daran, sie zu unterstützen. Es sei ungewiss, wann man selbst in eine solche Situation gerate. Auch Günther findet, man müsse hart daran arbeiten, mehr Empathie zu entwickeln, mehr Mitgefühl für andere zu zeigen, „weil wir in einer Gesellschaft sind“.

Der Dokumentarfilm wird demnächst außerdem ins Englische übersetzt. Wie Coers' letzter Film *Mietrebell*, soll auch *Das Gegenteil von Grau* in ganz Europa gezeigt werden. Warum man sich außerhalb des Ruhrgebiets dafür interessieren sollte, ist für Coers klar: Die Probleme, Entwicklungen, Prozesse und Ideen, die im Film thematisiert werden, gäbe es in ähnlicher Form auch in anderen Städten. Er denke da vor allem an Städte wie Liverpool, die dem Ruhrgebiet sehr nahe kommen, oder Norditalien. Der Film könne somit auch dort als Inspiration dienen, sich ebenfalls zu engagieren. [caro]

Schwenken verboten, Deutschland bleibt wehrhaft

Als wäre ein Porträt das grün-gelbe Tuch für die Regierung. Vom Wind beflattert, symbolisch gen oben. Etwa vergangene Woche in Frankfurt am Main zum Auftakt des kurdischen Newroz-Festes interessierten sich ein Haufen Leute so gar nicht für den schnaufenden Stier in Gestalt von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Das Bundesinnenministerium (BIM) erließ Anfang März in einem fünfseitigen Schreiben das offizielle Verbot von 33 kurdischen Symbolen.

Unter anderem verboten sind nun das Symbol der kurdischen Studierendenvertretung YXK sowie Porträts von Abdullah Öcalan, dem inhaftierten Vordenker der als terroristisch eingestuftem kurdischen Arbeiter*innenmiliz PKK. Jedoch sind bei dem Verbot bestimmte Zusammenhänge relevant. Öcalans Porträt darf beispielsweise nicht mit einer politischen Forderung auf die Fahne geschrieben werden. Es darf nicht auf gelbem Grund abgebildet sein und „auch die Farbkombination der Fahne spielt eine Rolle, wie (...) aus der Polizei zu hören war, die nur wenige Tage Zeit hatte, sich mit der Menge an neuerdings verbotenen Symbolen vertraut zu machen“, schreibt die FAZ. Damit setzt sie den Lesenden ein absurdes Bild von Beamt*innen in den Kopf, die auf der Großdemonstration immer wieder Fahnen heraussuchen und mit dem ausgedruckten BIM-Zettel innerhalb der Demonstrierenden Schuldige und Nicht-Schuldige ausmachen. Was willkürlich scheint, ist laut der kurdischen Studierendenvertretung YXK politisches Kalkül: „Es ist ein Unding, dass die deutsche Bundesregierung mit dem Verbot und dem damit zusammenhängenden Ausbau der Kriminalisierung kurdischer Institutionen die Politik Erdogans unterstützt und somit in der BRD gleiche Prinzipien übernimmt, wie sie die türkische Regierung gegen KurdInnen und Andersdenkende anwendet“. Für YXK sei der neue Erlass auch „das Symbolverbot jeglicher demokratischer Kräfte“.

Die offizielle Begründung für das Verbot lautet unter anderem: Symbole wie Öcalans Porträt hätten einen „erheblichen Emotionalisierungseffekt“ und seien „in besonderer Weise geeignet, den in Deutschland verbotenen Zusammenhalt der PKK zu fördern“. Hiermit wird einer Gruppierung explizit Solidarisierung und Kollektivgefühl verboten. Obwohl das gerade notwendig ist, da die YPG, als PKK naher, bewaffneter Arm der syrischen Partei der Demokratischen Union (PYD), ein führender



Diese Fahnen sind jetzt verboten. (Foto: rod)

Teil des Militär-Bündnisses der Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) ist und somit die wirksamste Kraft am Boden gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) darstellt.

Seit 1993 ist die PKK, damals noch militärischer Arm für kurdische Nationalisierungsbestrebungen auch wegen der hohen Opferzahlen, die die PKK bis dato forderte, in Deutschland verboten. Mittlerweile hat sich Öcalan in Schriftstücken aus seiner Haft deutlich von jeglicher Gewalt distanziert und seit 2002 versucht, einen Friedensprozess einzuleiten, der 2011 jedoch an der mangelnden Gesprächsbereitschaft der türkischen Regierung gescheitert ist. Die parlamentarische Opposition in der Türkei (in Form der prokurdischen HDP) wird gerade vom AKP-Regime inhaftiert und ausgehebelt – während Deutschland die Türkei beispielsweise mit Waffenlieferungen und Verträgen unterstützt.

Öcalan hat in einem seiner Hauptwerke *Jenseits von Macht und Gewalt* deutliche Kritik am bestehenden „europäisch-westlichen“ Modell von Freiheit aufgezeigt. Unter anderem kritisiert er das Denkmuster vom Individuum, das der Gesellschaft entgegensteht. So sei Vereinzelung, Isolierung und schließlich Herrschaft möglich. Die Frage ist, was das verbotene Gesicht bedeutet: Ein militanter, paramilitärischer Terrorismus oder Ideen für einen demokratischen Konföderalismus (System einer nichtstaatlichen, ökologischen Zivilgesellschaft bestehend aus selbstverwalteten, kommunal organisierten Basisgruppen – wie ihn Öcalan in seinen Werken postuliert). Nicht alle Kurd*innen stehen beim Schwenken von Öcalan-Porträts ebenfalls für eine nichtstaatliche, herrschaftsfreie Gesellschaft ein und er bleibt (auch) Symbol für Führerkult und Heldenverehrung. Jedoch ist sein Modell progressiv und fordert schließlich mehr Demokratie, als in Deutschland erlaubt zu sein scheint. [lys]

HIRNAKROBATIK

	7	3	6	2			
	5			1	7	6	
1	6						
4		7	9				
	3	1				9	8
					8	7	6
						6	3
		8	7	4		5	
			8	9	1	4	



Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

Projektkoordination: Katharina Herbich

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

V.i.S.d.P.: Robin Dullinge (rod)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@aktuell.de

Web: www.aktuell.de